

Rotstiftpolitik bei Erschwerniszulage

Erhöhung auf 75 statt auf 100 Prozent

Das Bundeskabinett hat am 2. September 2009 eine Verordnung zur Änderung der Erschwerniszulage beschlossen. Mit der Änderungsverordnung erhalten Beamtinnen und Beamten, die Wechselschicht und Schichtdienst leisten, bei gleichzeitigem Anspruch auf die Polizeizulage die Erschwerniszulage in Höhe von 75 statt bisher 50 Prozent. Die Verordnung tritt am 1. Oktober 2009 in Kraft. Der BDZ übt scharfe Kritik an den materiellen Verschlechterungen, die damit gegenüber dem ursprünglichen Verordnungsentwurf eingetreten sind. Auch im Übrigen wurde der Entwurf der Änderungsverordnung drastisch zusammengestrichen.

Wie berichtet, hatte die Bundesregierung angekündigt, die Erschwerniszulage für Beamtinnen und Beamte, die Wechselschicht und Schichtdienst leisten, neben der Polizeizulage in voller Höhe zu zahlen. Geplant war eine Erhöhung durch Verzicht auf die hälftige Kürzung der Erschwerniszulage wegen des Bezugs der Polizeizulage.

Dem Vernehmen nach wurde die Erhöhung von 100 auf 75 Prozent reduziert, nachdem das Bundesfinanzministerium interveniert hatte. Somit scheidet die in vollem Umfang geplante Verbesserung der Konkurrenzregelung für Wechselschicht- bzw. Schichtzulagen bei gleichzeitigem Anspruch auf die Polizeizulage an der Sparpolitik der Bundesregierung.

In der Begründung der Änderungsverordnung heißt es, mit der Erhöhung der Erschwerniszulage werde in einem ersten Schritt Erwägungen im Rahmen der parlamentarischen Beratungen des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes zur Verbesserung der Situation von Wechselschicht- und Schichtdienstleistenden Rechnung getragen.

BDZ-Chef Klaus H. Leprich wirft der Bundesregierung eine Rotstiftpolitik zu Lasten der Schichtdienstleistenden vor. Die Änderungsverordnung kommentiert er mit den Worten:

„Ich frage mich, was die Anhörungen der Spitzenorganisationen noch wert sind, wenn in einer zentralen Frage nach Abstimmung mit den Ressorts zwischen dem Bundesinnenministerium und den Gewerkschaften Einigkeit über eine längst überfällige Erhöhung einer Zulage besteht und sich die Bundesregierung selbstherrlich darüber hinwegsetzt. Diese Entscheidung ist nicht zu akzeptieren und ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten, die Tag und Nacht für den Staat und die Gesellschaft ihre Pflicht tun. Aber es sind eben nur Beamte, keine Banker!“

Berlin, 3. September 2009

13